



An die Amtschefinnen und Amtschefs  
der Umweltressorts der Länder

**Dr. Christiane Rohleder**

- Staatssekretärin -

TEL +49 3018 305-7000

FAX +49 3018 305-4256

buero.rohleder@bmuv.bund.de

www.bmuv.de

Berlin, 6. Juli 2022

Sehr geehrte Kolleginnen, Sehr geehrte Kollegen,

das Thema Erdgaseinsparungen ist angesichts der aktuellen Krisensituation infolge des schrecklichen russischen Angriffskrieges in der Ukraine von herausragender Bedeutung. Mit Ihnen sind wir der Meinung, dass wir uns frühzeitig auf mögliche, eventuell auch kurzfristig entstehende Mangellagen vorbereiten müssen. Mit der Ausrufung der „Alarmstufe“, der 2. Stufe des Notfallplans Gas, durch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am 23. Juni 2022 hat sich die Dringlichkeit entsprechender Maßnahmen nochmals erhöht. Bund und Länder stehen hier ebenso wie die Wirtschaft in der Pflicht. Dafür müssen die rechtlichen Voraussetzungen rechtzeitig geklärt sein. Insbesondere in Hinblick auf die immissionsschutzrechtliche Genehmigungssituation bei einem Brennstoffwechsel von Erdgas zu anderen fossilen Brennstoffen sind diesbezügliche Bitten an das Bundesumweltministerium herangetragen worden.

Wir sind davon überzeugt, dass die erforderlichen Veränderungen in der Energieversorgung mit einem hohen Anspruch an den Schutz der Gesund-



heit der Bevölkerung und dem Umwelt- und Klimaschutz einhergehen müssen und können. Die Flexibilitäten des Immissionsschutzrechts lassen es grundsätzlich zu, solche Brennstoffwechsel relativ schnell zu ermöglichen. Bei einem beabsichtigten Brennstoffwechsel wird es sich regelmäßig um die Rückkehr zu früher in der Anlage verwendeten Brennstoffen handeln, so dass sowohl dem Anlagenbetreiber als auch den Genehmigungsbehörden entsprechende Unterlagen aus früheren Antragsverfahren bereits vorliegen. In Einzelfällen verfügen die in Frage kommenden Anlagen noch über entsprechende Genehmigungen. Gegebenenfalls erforderliche Ertüchtigungen oder Umbaumaßnahmen der Anlagen können vorab gestattet werden.

Die Europäische Kommission hat mit Schreiben vom 13. April 2022 aufgezeigt, dass im Kontext einer Energienotlage entsprechende Ausnahmen zugelassen werden können, wo diese angesichts der Emissionssituation erforderlich sein sollten. Um diesen Prozess für Sie und Ihren Vollzugsbehörden Vorort zu erleichtern, haben wir eine zusätzliche bundesrechtliche Regelung auf den Weg gebracht, um dieses Vorgehen entlang der von der Europäischen Kommission aufgezeigten Ausnahmeregelungen zu erleichtern und rechtlich abzusichern.

Mit Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) soll die Zulassung erforderlicher Abweichungen von Emissionsgrenzwerten der 13. und 44. BImSchV<sup>1</sup> in enger Anlehnung an die EU-rechtlichen Vorgaben vereinfacht und beschleunigt werden. Die Zulassung von Abweichungen ist gegenüber einem Verfahren zur Erteilung einer Genehmigung unter erleich-

---

<sup>1</sup> Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen (13. BImSchV) und Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen (44. BImSchV)



terten Voraussetzungen möglich. In der Begründung wird zudem klargestellt, dass u.a. durch die Ausrufung der „Alarmstufe“ des Notfallplans Gas die europarechtlich festgelegten Tatbestandsvoraussetzungen einer ernsthaften Störung der Energieversorgung vorliegen und vom Anlagenbetreiber nicht erneut nachgewiesen werden müssen. Um dem überragenden öffentlichen Interesse und vorrangigen Bedürfnis der Aufrechterhaltung der Energieversorgung zu entsprechen, wird auch das Ermessen der Behörde auf die Zulassung der beantragten Abweichung reduziert, soweit die Voraussetzungen vorliegen.

Im Übrigen war mit Wirkung vom 22. Mai 2022 in das Energiesicherungsgesetz für den Krisenfall eine Ermächtigung für den Erlass von Verordnungsregelungen durch die Bundesregierung aufgenommen worden, von bestimmten Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie bestimmten immissionsschutzrechtlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften befristet abzuweichen oder Ausnahmen zu schaffen. Diese Abweichungen oder Ausnahmen müssen zwingend erforderlich sein, um die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie zu sichern. Von dieser Verordnungsermächtigung soll nunmehr auch bereits für präventive Maßnahmen zur Vermeidung eines Krisenfalls Gebrauch gemacht werden können.

Die vorgeschlagenen Regelungen sind Teil einer Formulierungshilfe zum Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz durch Änderung des Energiesicherungsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften, das sich z.Z. im parlamentarischen Verfahren befindet (2./3. Lesung Bundestag: 6. / 7. Juli 2022; BR-Termin ist der 8. Juli 2022).



In jedem Fall sehen wir es als dringlich an, dass Sie sehr zügig auf die von einem Ausfall der Erdgasversorgung möglicherweise betroffenen Unternehmen zugehen, um frühzeitig sowohl dort als auch bei Ihnen in Ihren Genehmigungsbehörden die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Anlagenbetreiber sollten zusammen mit den Genehmigungsbehörden sehr zügig deren Genehmigungssituation klären.

Wir sind uns der gemeinsamen Verantwortung von Bund, Ländern und den betroffenen Anlagenbetreibern sehr bewusst, durch vorausschauendes und zügiges Handeln auf mögliche Szenarien entsprechend vorbereitet zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

